

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009  
– Drucksache 14/4746**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2005  
– Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst**

### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009 – Drucksache 14/4746 – Kenntnis zu nehmen.

16. 07. 2009

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

### Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/4746 in seiner 49. Sitzung am 16. Juli 2009.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss erwähnte, die vorliegende Mitteilung der Landesregierung gehe auf einen Landtagsbeschluss vom 28. November 2007 zurück (Drucksache 14/1994 Teil B Abschnitt I). Die Landesregierung berichte gemäß Ziffer 5 dieses Beschlusses über die Ersuchen, die in den Ziffern 1 bis 4 aufgeführt seien.

Der Abgeordnete gab den Inhalt der Mitteilung zusammenfassend wieder und fügte hinzu, die Landesregierung habe seines Erachtens in ausreichender

Weise berichtet, sodass er die Ziffern 1 bis 4 als erledigt ansehe. Zu Ziffer 6 wiederum habe die Landesregierung nach dem angesprochenen Landtagsbeschluss bis zum 1. September 2011 zu berichten. Im Rahmen der betreffenden Mitteilung könne sie auf die noch offenen Punkte eingehen.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP brachte vor, wie die Landesregierung zu Ziffer 1 darlege, seien in den Stellenplänen der beiden Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Kehl und Ludwigsburg Stellen gesperrt worden. Die diesbezügliche Entwicklung sollte weiterverfolgt und zu diesem Zweck in dem Bericht zum 1. September 2011 mit dargestellt werden.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, seine Fraktion betrachte die vorliegende Mitteilung als weiterführend und schließe sich der Haltung des Berichterstatters an.

Ein Vertreter des Rechnungshofs legte dar, nach Ziffer 1 des Landtagsbeschlusses seien die vom Rechnungshof aufgezeigten Einsparpotenziale an den beiden Hochschulen „zur Hälfte“ zu realisieren. Damit reduziere sich die vom Rechnungshof vorgeschlagene Streichung von Professorenstellen an der Hochschule in Ludwigsburg auf neun Stellen. Dem Vernehmen nach versuche das zuständige Fachministerium, von diesen neun wiederum einige „freizueisen“. Dies hielte er für nicht gerechtfertigt, da der Rechnungshof ein Einsparpotenzial von 18 Professorenstellen ermittelt habe. Deshalb erachte auch er es als wichtig, im noch folgenden Bericht zu Ziffer 6 erneut auf Ziffer 1 einzugehen.

Was Ziffer 2 des Landtagsbeschlusses anbelange, so begrüße er, dass die Landesregierung beabsichtige, im Rahmen der Dienstrechtsreform das Laufbahnrecht zu verschlanken. Der Finanzausschuss habe zu entscheiden, ob er diesen Punkt weiterverfolgen wolle oder dies dem zuständigen Fachausschuss überlasse, der sich bei der Beratung der Dienstrechtsreform ohnehin mit diesem Thema befassen müsse. Erfreulich sei ferner, dass der Bericht der Landesregierung zu den Ziffern 3 und 4 den Vorstellungen des Rechnungshofs näher komme als das, was der Landtag seinerzeit in den Ziffern 3 und 4 beschlossen habe.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss erklärte sich auf Frage des Vorsitzenden damit einverstanden, es jetzt als Beschlussvorschlag bei „Kenntnisnahme von der Mitteilung der Landesregierung“ zu belassen, wenn die Landesregierung zusage, in dem Bericht zum 1. September 2011 auch darzustellen, wie sich der gemäß Ziffer 1 des Landtagsbeschlusses zu realisierende Stellenabbau entwickelt habe.

Der Vorsitzende hielt daraufhin eine entsprechende Zusage des Finanzministeriums fest.

Der Ausschuss fasste einstimmig die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/4746 Kenntnis zu nehmen.

22. 07. 2009

Ursula Lazarus